

AKWs abschalten! Alle! Sofort!

Wir haben derzeit die historische Chance, sofort aus der Atomkraft auszusteigen – wenn wir uns nicht von Sirenenklängen und falschen Behauptungen irreführen lassen.

Alle Welt scheint in Deutschland über Nacht bekehrt worden zu sein – wieder einmal.

Allüberall findet man jetzt Atomkraftgegner: der Roettgen ohne Rückgrat, der die Laufzeitverlängerung am Ende als «revolutionäres Konzept» verteidigt und SPD und Grüne als «Verantwortungsverweigerer» und «energiepolitische Blindgänger» beschimpft hat; die Kanzlerin, die beteuert: «Wenn wir von der Kernenergie als Brückentechnologie sprechen, bedeutet das nichts anderes, als das wir aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen möchten»; der FDP-Generalsekretär Lindner, der «die dauerhafte Abschaltung von acht alten Atommeilern» und den «beschleunigten Ausstieg» fordert; die katholische Kirche, die sich bisher vor einem klaren Nein zur Atomenergie gedrückt hat und jetzt aus dem Munde des Erzbischofs von München und Freising Atomenergie als «Teufelszeug» bezeichnet. Selbst die IG BCE, deren Vorgängerin IG Chemie in den 70er Jahren im Dortmunder Stadion Rote Erde demonstrativ den Schulterschluss mit dem Atomanlagenbauer KWU praktizierte und AKW-Gegner als «Maschinenstürmer» bezeichnete,

hält inzwischen die Atomkraft «für nicht verantwortlich».

Alles paletti also, haben die Atomkraftgegner schon gewonnen? Mitnichten.

Achtung, Wendehals!

Brüderle sei dank, haben wir es schwarz auf weiß, dass das Moratorium ein Wahlkampfmanöver war. Es ist gründlich daneben gegangen. Die Bundesregierung wird deshalb von diesem neuen Ross so schnell nicht runter kommen, die Chancen, dass die sieben alten Meiler plus Krümmel und vielleicht auch Grafenrheinfeld abgeschaltet bleiben, stehen nicht so schlecht.

Doch es lohnt sich, auf die Zwischentöne zu achten: Von einem «beschleunigten Ausstieg», einem «Ausstieg mit Augenmaß» ist die Rede, nicht von: «Vorfahrt für Erneuerbare, alle Kraft voraus», mit konkreten Planungen zum Abschalten erst der AKWs, dann der Kohlekraftwerke. Wissenschaftliche Studien (Greenpeace oder Fraunhofer-Institut) belegen, dass der Atomausstieg sofort, spätestens aber bis 2015 möglich ist; die Politik greift das nicht auf.

Tatsächlich hat die Bundesregierung sogar eine Hintertür aufgestoßen, u, wenigstens die acht neueren Atommeiler noch eine Weile am Laufen zu halten: die EU nämlich. Die hat sich auf «gemeinsame Sicherheitsanforderungen»



geeinigt, nach denen die Atomanlagen in Europa überprüft werden sollen. Man kann darauf wetten, dass sie unter den deutschen Standards liegen; der verschärfte Sicherheitskatalog, den das Bundesumweltministerium herausgegeben hat (und der dazu führen würde, dass die Atomenergie unwirtschaftlich wird), wäre damit wieder einmal Makulatur.

Die Gegenpropaganda ist bereits angelaufen: RWE klagt gegen das Moratorium «im Interesse der Aktionäre»; die Energiekonzerne kaufen ohne Not Atomstrom aus Frankreich ein – ohne Not, denn unsere Überkapazitäten sind so

groß, dass wir unseren Bedarf auch ohne Zukauf decken können. Dieser Zug ist eine politische Demonstration, um die Bevölkerung zu verunsichern und ihr weis zu machen, auf Atomkraft könnten wir eben doch nicht verzichten.

Die Konzerne verschanzen sich auch gern hinter ihren Lieferverträgen, die sie einhalten müssten, was da aber wirklich drin steht, halten sie geheim, sie wollen sich den Ausstieg vergolden lassen.

Die Verträge müssen offen gelegt werden, soll es eine vernünftige Debatte darüber geben.

Auch das Gespenst vom Klimakiller Kohle wird wieder an die Wand gemalt, die IG BCE will sogar die alte Steinkohle wieder aus dem Boden holen.

Kaum jemand aber weist daraufhin, dass wir heute schon soviel Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung beziehen könnten, wie wir installierte Leistung aus Atomkraftwerken haben: nämlich 20000 Megawatt. Sie nutzbar zu machen, ist nur eine Frage der Netze. Die müssen natürlich ausgebaut werden. «Aber auch da gibt es zunächst keinen Engpass, wenn man intelligente Netze verwendet», sagen Energieberater der Bundesregierung.

Werden in ganz Deutschland und insbesondere auch in Süddeutschland endlich die erneuerbaren Energien wie auch dezentrale Energiespeicher systematisch vorangetrieben, dann werden keine neuen Verbundstromtrassen benötigt. Diese dienen allein der Absicherung der Marktmacht der Konzerne und sollen über drastische Strompreiserhöhungen erneut weitere Milliarden in die Konzernkassen spülen.

Die Netze gehören in öffentliche Hand, vorzugsweise in die der Kommunen.

SPD und Grüne treiben die Debatte um den sofortigen Ausstieg nicht voran. Sie verschanzen sich hinter ihrem «Atomkonsens» aus dem Jahr 2000, der Laufzeiten bis 2022 vorsah und vor allem den Profitinteressen der Energiekonzerne entgegenkam.

Wenn Frau Merkel davon spricht, der Ausstieg müsse «im gesellschaftlichen Konsens» erfolgen, so meint sie damit, dass die Interessen der Atomlobby gewahrt sein müssen. Der Konsens von «Rot-Grün» scheint die letzte Haltelinie eines Atomausstiegs wider Willen zu sein.

Zeigen wir Frau Merkel, dass Konsens mit der Atomlobby Dissens mit der Mehrheit der Gesellschaft bedeutet! Auf den Druck von unten kommt es jetzt an!

Der sofortige Ausstieg ist machbar

Deutschland kann allein mit seinen konventionellen Kraftwerken und seinen Wasserkraftwerken rund 80 Gigawatt (GW) Strom erzeugen, was dem maximalen Strombedarf in Zeiten der Spitzenbelastung entspricht. Meist wird erheblich weniger Strom verbraucht. Hinzu kommen 38 GW Spitzenleistung aus Windenergie, Photovoltaik und Biomasse. Derzeit produzieren wir in Spitzenzeiten 86 GW.

Der bestehende Kraftwerkspark weist somit enorme Überkapazitäten und Reserven aus. Der Strom aus allen 17 deutschen Atomkraftwerksblöcken mit maximal rund 20 GW ist vollkommen überflüssig, wir exportieren Strom. Wenn Atomstrom aus dem Ausland importiert wird, dann liegt das einerseits an fehlerhaften Mechanismen an den Strombörsen, andererseits daran, dass etwa die chemische Industrie auf dem Import französischen Atomstroms zu

Dumpingpreisen besteht, statt die eigenen Stromsparpotenziale zu mobilisieren.

Es gibt verschiedene Szenarien, wie wir schnell aus der Atomenergie rauskommen. Greenpeace etwa rechnet vor: Wir können AKWs jahres- und kraftwerksgenau ersetzen, ohne zusätzlichen Strom importieren zu müssen. Die Versorgung bleibt sicher, auch in Zeiten, in denen eine extrem hohe Stromnachfrage besteht, aber kaum Strom aus Wind- und Sonnenenergie produziert wird.

Nach diesem Szenario würden die sieben ältesten AKWs in Deutschland sowie Grafenrheinfeld und Krümmel, das eh seit 2009 vom Netz ist, sofort abgeschaltet. In den Jahren 2012 bis 2015 gehen jedes Jahr zwei weitere AKWs vom Netz. Ab 2013 könnten sogar alte Kohlekraftwerke vorfristig abgeschaltet werden.

Der Ersatzstrom kommt über-

wiegend aus geplanten und schon im Bau befindlichen Gaskraftwerken, Windstrom- und Solaranlagen. Der Bundesverband der Energiewirtschaft, auf dessen Zahlen die Berechnungen von Greenpeace beruhen, informiert, dass 51 neue Kraftwerke in Bau sind, davon sind 18 Erdgaskraftwerke mit 8 GW, Windparks mit 20 GW und Solarstromanlagen mit 30 GW.

In den Jahren 2011 und 2012 gehen außerdem vier neue Kohlekraftwerke ans Netz. Dabei brauchen wir weit weniger Kohlekraftwerke, als derzeit gebaut werden. Greenpeace rechnet deshalb in den Jahren 2011 und 2012 mit einer Zuschaltung von 2,4 GW aus Kohlemeilern, ab 2013 aber bis 2019 mit der Abschaltung von 4,7 GW aus Kohlekraftwerken.

In diesem Szenario bleibt es bei einer jährlichen Überkapazität von 6700–7500 GW.

Andere Berechnungen verweisen

auf den ungenutzten Strom aus der Kraft-Wärme-Kopplung (Blockheizkraftwerke). Davon gibt es schon jetzt 20 GW installierte Leistung (soviel, wie alle AKWs zusammen genommen) – vom großen Gaskraftwerk bis zur Kleinstanlage im Keller. Mit intelligenten Netzen wird damit der Zugriff auf ein riesiges virtuelles Kraftwerk möglich, das Schwankungen bei Angebot und Nachfrage lange Zeit ausgleichen kann.

Unter intelligenten Netzen ist nicht ein Neubau von Trassen zu verstehen, sondern ein dienstorientiertes zentrales System, das auf ein vorhandenes Netz aufsetzt und mit Vermittlungsstellen (Service Switching Points) ausgestattet ist. Damit kann Strom maximal aus erneuerbaren Energien bezogen und Strom aus fossilen Kraftwerken nur nach Bedarf zugeschaltet werden. Dänemark erzeugt so 50% seines Stroms über Kraft-Wärme-Kopplung. ★



Energiekonzerne enteignen!

Sage niemand, er habe es nicht gewusst.

Jahrelang hat die japanische Betreiberin von Atomanlagen, Tepco, Warnungen in den Wind geschlagen: Nach dem Tsunami vor den Küsten Indonesiens im Jahr 2004 wurde ein Team von Wissenschaftlern damit beauftragt, die Sicherheit japanischer Atomkraftwerke zu überprüfen. Es kam 2007 zum Schluss, das AKW Fukushima werde «in den nächsten 50 Jahren» mit 10%iger Sicherheit einen Tsunami mit sechs und mehr Meter hohen Wellen erleben und werde ihm nicht standhalten (der Tsunami 2011 war 14 Meter hoch).

Tepco hielt es dennoch nicht für erforderlich, seine Sicherheitsstandards aus den 60er Jahren zu korrigieren. Dabei hatte bereits 1960 ein Erdbeben der Stärke 9,5 Chile heimgesucht, das in Japan eine Tsunamiwelle von 6 Metern auslöste und 140 Menschen tötete. Fukushima I mit den sechs Reaktorblöcken sollte eigentlich im Februar dieses Jahres stillgelegt werden: Auf Antrag von Tepco verlängerte die japanische Atomaufsichtsbehörde die Laufzeit um zehn Jahre.

Laufen die Dinge bei uns etwa anders?

«Im Interesse der Aktionäre sind wir verpflichtet, gegen die vorübergehende Stilllegung des AKW Biblis Klage zu erheben», lässt sich RWE-Chef Jürgen Grossmann sinngemäß vernehmen. Er darf ungeschoren darüber hinweggehen, dass es in Biblis mehrfach, auch schwere, Störfälle wegen des Ausfalls der Notstromversorgung und des Kühlsystems gegeben hat.

Seit Jahren warnen in Deutschland Wissenschaftler, AKWs in Erdbebengebieten zu bauen, und dass deutsche AKWs vor Flugzeugabstürzen, Terroranschlägen und Unwettern nicht sicher sind. Im Mai 2010 hat der Sachverständigenrat für Umweltfragen ein Gutachten vorgelegt, das das Märchen von der Brückentechnologie ent-

larvt: Atomkraft und erneuerbare Energien, schreiben sie, passen nicht zusammen. Um Erneuerbaren den Weg zu bahnen, muss man die Leistung eines AKW herunterschalten, sobald die Sonne scheint. Das verträgt ein AKW jedoch nicht, die Wahrscheinlichkeit von Störfällen steigt. Die Atomkraft verbaut den Weg in die erneuerbaren Energien.

Unter dem Druck der Atomkonzerne hat die Bundesregierung diese Warnungen in den Wind geschlagen: Mit jedem Tag längere Laufzeit verdienen die Atombetreiber je AKW 1 Million Euro mehr.

Selbst ohne Störfälle und GAU ist die Leukämierate in der Umgebung von Atomkraftwerken signifikant erhöht. In Deutschland leben 40 Millionen Menschen im Umkreis von 50 Kilometern eines AKW, wie schnell könnten sie evakuiert werden? «Unsere» Konzerne stehen im Verschweigen und Vertuschen von Unfällen und Gefahren den japanischen nicht nach.

Jährlich fallen in Deutschland rund 2000 Kubikmeter hochradioaktiver und extrem gefährlicher Abfall an, sowie 120 000 Kubikmeter mittel- und schwach radioaktiver Müll. Mit jedem Jahr, das die Meiler länger laufen, wird der Abfallberg höher. Niemand weiß, wohin damit, bis heute gibt es auf der ganzen Welt kein Endlager. Dass auch dieser Müll eine Gefahrenquelle darstellt, hat das Abklingbecken in Fukushima gezeigt: Es konnte vorübergehend nicht gekühlt werden und gibt munter seine Radioaktivität unter freiem Himmel ab.

Die Atomkonzerne spielen bedenkenlos mit unserem Leben. Müssen wir das erdulden? Müssen wir uns in ihre Geiselhaut begeben – wohl wissend, dass wir im Falle des Falles nicht nur sterben, sondern auch zahlen dürfen? (Die Versicherungen weigern sich wohlweislich, solche Risiken zu versichern!)

Private Betreiber tragen keine gesellschaftliche Verantwortung. Deswegen darf ihnen die Energie-

wurden dadurch nur tiefer in die Rezession getrieben.

Aber darum geht es Merkel und Co. auch gar nicht. Sie wollen vor allem deutsche Großbanken retten. Die drängen in erster Linie auf den Rettungsschirm. Deutsche Banken haben gegenüber Irland Forderungen in Höhe von 114 Mrd. Euro, gegenüber Griechenland fast 28 Mrd. und gegenüber Portugal 28,6 Mrd. Euro (jeweils gegenüber Banken, Unternehmen und der öffentlichen Hand).

Mit Spanien und Italien sind es zusammengekommen Forderungen von 451 Mrd. Euro, die deutsche Banken in den PIIGS-Staaten halten – am Geschäft mit dem Euro haben sie sich im vergangenen Jahrzehnt eine goldene Nase verdient.

Aus dem Rettungsschirm wandern viele Milliarden in Form von Zinszahlungen direkt auf die Konten deutscher Banken. Sie holen sich von der Europäischen Zentral-



In Berlin, Hamburg, München und Köln haben am 26.3. über 200 000 Menschen für die Abschaltung aller AKWs demonstriert

versorgung, die ja eine Daseinsvorsorge ist und von der alle Menschen unmittelbar abhängig sind, nicht übertragen werden.

Energiewirtschaft muss in öf-

fentliche Hand, am besten in kommunalen Besitz, und unter eine Aufsicht, die Verbraucher- und Umweltverbände umfassend einbezieht.

Den Vorständen der Energiekonzerne aber gehört der Prozess gemacht wegen Abwälzung unzumutbarer Risiken und, im Zweifel, fahrlässiger Tötung. ★

Spenden für Japan

Die japanische Eisenbahnergewerkschaft Doro-Chiba hat zusammen mit dem *National Coordinating Center of Labor Unions* mehrere Hilfezentren für Erdbebenopfer gegründet, um die immer noch abgeschnittenen Landesteile in der Region Tohoku mit Lebensmittel, Wasser, Decken und Erste-Hilfe-Sets zu versorgen. Über den Spendenaufruf des DoroChiba-Unterstützerkreises konnten bislang mehrere tausend Euro gesammelt werden. Dafür und für die Solidarität der deutschen Werktätigen bedankt sich Doro-Chiba ausdrücklich.

Doch nicht nur die Lage im Nordosten ist dramatisch. Aufgrund der Zerstörungen von Fabriken, Betrieben und Farmland sind Millionen von Menschen ohne Arbeit und Einkommen. Für sie gibt es keine finanzielle Unterstützung durch die Regierung und ihre Lebensperspektiven sind ungewiss. Daher ist jede Spende willkommen und wird direkt zur Unterstützung der Betroffenen eingesetzt.

Bitte spendet auf das Konto des Doro-Chiba-Unterstützerkreis:

Kathrin Yankovic (BLZ 67092300) 3197301, IBAN: DE 82 6709 2300 0003 197301
BIC: GENODE61WNM

Verwendungszweck: Hilfe für Japan

Das Geld wird ohne Abzüge über Western Union nach Japan weitergeleitet.

EU-Rettungsschirme

Das Diktat der Gläubiger

Jetzt also Portugal. Nach Griechenland und Irland ist es das dritte Land, das die Kreditgarantien des «Rettungsschirms» in Anspruch nehmen muss – die EU-Kommission, die EU-Regierungen und «die Märkte» (die Banken) drängen darauf. Damit unterwirft es sich dem Diktat von EU und IWF; demnächst sitzen Aufpasser in der Regierung, die darüber wachen, dass deren Auflagen eingehalten werden – d. h., dass die Banken ihr Geld kriegen. Jetzt drohen den Portugiesen noch brutalere Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen, als die Regierung bisher schon beschlossen hatte – obwohl die gerade abgewählt wurde.

Wer rettet wen?

Wenn Merkel und Co. der Bevölkerung in Griechenland, Irland und Portugal die Daumenschrauben anlegen, führt das nicht zu einer Erholung ihrer Volkswirtschaften. Schon Griechenland und Irland

bank (EZB) Geld zu Zinssätzen nahe 0% und kaufen dafür griechische, irische oder portugiesische Staatsanleihen, für die sie 5% kasieren. Das ist wirklich ein gutes Geschäft!

Man glaubt sich im falschen Film. Es waren vor allem die Finanzinstitute verschiedenster Couleur, die durch immer verrücktere Spekulationen die Krise auslösten. Mit milliardenschweren Rettungsschirmen für die heimischen Banken und mit Konjunkturprogrammen «verstaatlichten» die Regierenden einen Teil der nicht mehr eintreibbaren Außenstände und der Folgen der Finanzkrise, während die Verursacher bisher keinen Cent beigetragen und nur ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben.

In fast allen Ländern ist deshalb die Staatsverschuldung dramatisch gestiegen. Und jetzt tun diese feinen Herren empört darüber und verlangen Lohn- und Sozialkür-

zungen für die Lohnabhängigen.

Wir sind alle Griechen!

Die verordneten Sparprogramme haben zu dramatischen Absenkungen des Lebensstandards in weiten Teilen der Bevölkerung geführt: Rentenkürzungen, Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Entlassungen, Anhebung der Verbrauchssteuern. Die Reichen aber, die wahren Steuerhinterzieher, die die öffentlichen Kassen geplündert haben, bleiben immer noch ungeschoren: Gerade hat die griechische Steuerfahndung mal zwei Ärzte zu einer Steuernachzahlung von 3,7 bzw. 1,5 Mio. Euro verurteilt. Doch weder wurde das Kreditgeschäft der öffentlichen Kontrolle unterstellt, noch traut sich der Staat, die Einkommen und Vermögen der oberen Zehntausend zu begrenzen, im Notfall zu beschlagnehmen.

Auch in Deutschland sinken die Löhne. 2010 hatten die Lohnabhängigen real 4% weniger im Por-

temonnaie als im Jahr 2000. Der Niedriglohnsektor ist dramatisch gewachsen. Es gab Einschnitte bei Hartz IV, die Demontagepolitik im Gesundheitswesen wirkt sich als Reallohnverlust aus, die Einführung der Rente mit 67 befördert Altersarmut im großen Stil. Bei den Dax-Konzernen aber klingeln die Kassen, und die Schuldenbremse verhindert, dass mehr Geld für soziale Ausgaben zur Verfügung steht.

Wir haben keinen Anlass zum Schulterchluss mit den Bankern und Konzernherren. Wer sich mit *Bild* in nationalchauvinistisches Schimpfen über die «faulen Griechen» ergeht und das Märchen vom «Zahlmeister Deutschland» nachplappert, schießt sich nur selbst ins Knie. Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten. **Alle gemeinsam gegen Lohnklau und Sozialabbau – europaweit! Die Reichen sollen zahlen!**

Das meint die is/ zum NATO-Krieg in Libyen

Nein zu Gaddafi. Nein zum Krieg

Gaddafi ist ein Diktator, an dem schon lange nichts Fortschrittliches mehr ist. Zu Anfang seiner Amtszeit vor 42 Jahren hat er durch die Verstaatlichung der Ölindustrie und den Aufbau einer modernen Infrastruktur (Bildung, Gesundheit, Wohnung, Verkehr...) das Land aus einem rückschrittlichen Feudalsystem herausgeführt. Der Preis dafür war die Stärkung der Stammesbeziehungen auf der Basis der neuen Ölrente und eine autoritäre, auf seinen Clan und seine Person zugeschnittene Herrschaftsstruktur, die rücksichtslos jede Opposition ausgeschaltet hat, auch mit terroristischen Methoden.

Seit dem Irakkrieg hat er das Land weit für die westlichen Konzerne geöffnet und die Aufhebung der UNO-Sanktionen gegen schmutzige Handlangerdienste für die EU getauscht, insbesondere die Fernhaltung afrikanischer Flüchtlinge von den Küsten Europas.

Sein Regime ist daran zerbrochen, dass er den größten Teil der Ölrente in die Taschen seiner Gefolgschaft geschaufelt und für die jungen Leute in den Städten keine Zukunftsperspektive entwickelt hat. Gaddafi muss weg.

Wir sind im Bürgerkrieg nicht neutral. Wir stehen auf der Seite der Aufständischen, und zwar unabhängig davon, welche Strömungen

sich alle an diesem Aufstand beteiligen. In einem Land, in dem jahrzehntelang jede Opposition unterdrückt war, kann man nicht erwarten, sie von heute auf morgen sauber strukturiert und organisiert zu sehen. Die Herstellung demokratischer Grundfreiheiten ist die Voraussetzung dafür, dass sich die Kräfteverhältnisse neu sortieren und auch die arbeitenden Schichten in den Städten ihre Interessen selbstständig artikulieren können. Erst wenn Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit herrschen, wird man wissen, wer was will, und welche Kräfte Sozialistinnen und Sozialisten unterstützen können.

Die Befreiung von Gaddafi kann nur das Werk der Libyer selbst sein. Wir wissen und haben Verständnis dafür, dass ein Teil der Aufständischen (sie scheinen sich in der Sache nicht einig zu sein) nach der Einrichtung einer Flugverbotszone durch die NATO ruft. Wir verstehen ihren Ruf so, dass sie fürchten müssen, allein auf sich selbst gestellt den Kräften Gaddafis nicht gewachsen zu sein und von ihnen massakriert zu werden.

Wir teilen diesen Ruf jedoch nicht. Wir sind dafür, dass die Aufständischen die Waffen erhalten, die sie brauchen, um sich gegen Gaddafi zur Wehr zu setzen – angesichts der massiven Waffenlieferungen, mit denen die Großmächte Gaddafi versorgt haben (auch

die BRD), wäre das nur ein schwacher Ausgleich. Wir sind jedoch nicht dafür, dass andere den Kampf an ihrer Stelle führen.

Der Krieg des Westens ist völkerrechtswidrig. Die NATO führt nicht aus humanitären Gründen Krieg gegen Libyen. Sie beruft sich darauf, dass in Bengasi ein Massaker habe verhindert werden müssen. Die maßgeblichen NATO-Staaten müssen sich vorwerfen lassen, dass sie es überhaupt soweit haben kommen lassen, dass ein solches möglich gewesen wäre. Zum einen, weil sie jahrelang Gaddafi aufgerüstet haben. Zum anderen aber auch, weil sie in den vier Wochen vor dem möglichen Massaker in Bengasi nichts getan haben, um die Aufständischen in die Lage zu versetzen, dass sie sich adäquat selbst verteidigen konnten. Sie haben zugeschaut, ihre Interessen sortiert und hatten damit zu kämpfen, wie sie von ihrer bisherigen Kumpanei mit Gaddafi herunter kommen. So wird das – nach der Intervention beschlossene! – Ölembargo bis heute nicht wirksam durchgesetzt.

Auch in Bahrain, im Jemen, in Syrien und in Saudi-Arabien werden Oppositionelle erschossen, damit korrupte Machthaber sich im Amt halten können. In Saudi-Arabien wird dies ziemlich offen von der US-Administration geduldet. Dass die NATO in Libyen Krieg führt, hängt weniger mit humanitären Erwägungen zusammen als mit

der Tatsache, dass es hier viel Öl gibt und dass der Westen hier Personen an der Macht sehen möchte, die er besser kontrollieren kann als Gaddafi.

Die UN-Resolution fordert Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung, die Regierungen, die die NATO-Intervention maßgeblich tragen, wollen aber einen Regimewechsel. Damit verwandelt der Westen einen bestehenden Bürgerkrieg in einen Krieg. Trotz UN-Mandat ist das völkerrechtswidrig.

Die Revolution wird enteignet. Im spanischen Bürgerkrieg sind Tausende von Kommunisten und Antifaschistinnen aus anderen Ländern herbeigeströmt, um gegen Franco zu kämpfen. Im Algerienkrieg haben deutsche, belgische und französische Linke den bewaffneten Kampf der Befreiungsfront FNL unterstützt. In Libyen ist die Linke sehr schwach, und wir sind nicht in der Lage, sie mit Material zu versorgen, dass sie sich wirksam verteidigen kann.

Die Linke in Europa ist in eine Zuschauerrolle gezwängt, das ist schwer zu ertragen, darf aber nicht zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. Denn durch die NATO-Intervention haben die Aufständischen ihren Kampf nicht mehr in der Hand, über seinen Ausgang bestimmen jetzt Westmächte. Auf diesem Boden wachsen keine Demokratien, sondern neue Diktaturen. ★

Wagen wir's: Eine gewerkschaftliche Kampagne zum Verbot der Leiharbeit

Die Kampfkraft der Gewerkschaften lässt seit Jahren nach. Sie waren vor, während und nach der großen Krise des Kapitalismus nicht in der Lage, die Einkommen ihrer Mitglieder und all der anderen Beschäftigten zu verteidigen.

Immer mehr Betriebe – in Ostdeutschland bereits die große Mehrheit – entziehen sich der Tarifgebundenheit, und die Flächentarifverträge werden immer löchriger – leider auch durch Dazutun der Gewerkschaften: Immer größere Teile von Tarifabschlüssen werden von betrieblichen Zusatzvereinbarungen abhängig gemacht, die nur in wenigen Fällen von den Betriebsräten zum Vorteil der Beschäftigten umgesetzt werden können.

In dieser Situation ist die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn eine brandaktuelle Notmaßnahme, um die gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit nicht völlig zu verlieren. Allerdings kommt es entscheidend auf die Höhe an.

Diejenigen, die nur den Mindestlohn erhalten, müssen von ihm leben können. Jeder Mensch weiß, dass dies mit einem Lohn unterhalb von 10 Euro pro Stunde nicht geht, selbst dieser Betrag ist ohne eine kurzfristige, regelmäßige Anpassung an die Teuerungsrate wahrscheinlich schon in Kürze deutlich zu wenig.

Wer unterhalb dieses Niveaus von Mindestlöhnen spricht, be-

treibt ein Geschacher auf dem Rücken der Ärmsten und Schwächsten.

Alle Mindestlohnregelungen, die in den letzten Jahren vereinbart wurden, erfüllen leider diesen Tatbestand – und verantwortlich sind alle daran beteiligten politischen Parteien und Tarifkommissionen der Gewerkschaften. Ist der Mindestlohn zu niedrig, wird er alle höheren Lohnstufen zwangsläufig mit nach unten ziehen und damit die Gewerkschaften nicht etwa stärken, sondern noch mehr schwächen.

Insbesondere die Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften verlieren auch durch die grassierende Leiharbeit und andere Formen der prekären Beschäftigung massiv an Kampfkraft. Für die IG Metall ist die Zurückdrängung der Leiharbeit zu einem echten Existenzkampf geworden. Es gibt mittlerweile kaum eine Metallgewerkschafterin oder einen Metallgewerkschafter, die nicht die bestehenden Tarifabschlüsse zur Leiharbeit, die mit Hilfe von DGB, Ver.di und IG Metall zustandekamen, ablehnen oder gar verfluchen.

Doch die Strategie der Gewerkschaften, um Leiharbeit zurückzudrängen, beschränkt sich fast ausschließlich auf die betriebliche Ebene. Leiharbeit soll möglichst teuer gemacht werden, und die Betriebsräte sollen sie durch Betriebsvereinbarungen begrenzen. Die Erfahrung zeigt aber, dass das

nicht funktioniert. Die Leiharbeit dehnt sich aus wie eine Seuche. Selbst wenn die ehrgeizigsten betrieblichen Forderungen umgesetzt würden – also gleicher Lohn vom ersten Tag an oder gar eine Flexibilitätszulage über den Lohn der Festangestellten hinaus, Beschränkung und Befristung der Leiharbeit – bliebe der immense politische Schaden, dass mit der Leiharbeit die Belegschaften gespalten werden.

Deshalb muss die Leiharbeit durch eine große politische Kampagne bekämpft werden, und nichts kann sie so klar und zielstre-

big aufbauen wie die Forderung nach dem Verbot von Leiharbeit. Sie muss – und kann – so geregelt werden wie Sonn- und Feiertagsarbeit: In der Regel verboten, Ausnahmen müssen begründet und nicht nur von Betriebsräten, sondern auch überbetrieblich genehmigt werden. Für eine solche Kampagne erhielten die Gewerkschaften starke Unterstützung – von der Linkspartei, von sozialen Initiativen, Kirchen, Frauengruppen, der Erwerbslosenbewegung. Einfache Losungen sind populär und mobilisierungsfähig – man muss sie nur wagen. ★



Karikatur: R. Aiff

isl internationale sozialistische linke

Was wir wollen

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

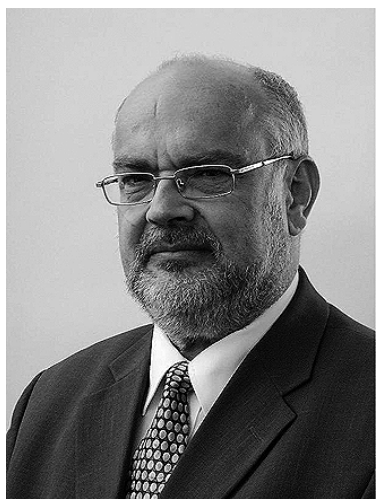
Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die isl ist Teil der IV. Internationale.

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*

Ein Betrieb – ein Tarifvertrag? Das muss freiwillig sein

Tarifkonkurrenz schützt Koalitionsfreiheit

Interview mit **Rolf Geffken**, Fachanwalt für Arbeitsrecht und Leiter des Instituts für Arbeit – ICOLAIR



ROLF GEFFKEN

■ Jahrzehntelang galt das Prinzip, dass es in einem Betrieb nur einen Tarifvertrag geben kann. Das klingt nach Einheit, und Einheit ist ja auch eine wichtige Voraussetzung, um erfolgreich zu kämpfen. Warum hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) diese Praxis durch sein Urteil aufgehoben? Das Prinzip «Ein Betrieb – Ein Tarifvertrag» klingt nur vordergründig nach einer für den Kampf der Gewerkschaften erforderlichen «Einheit».

In Wahrheit geht es um etwas an-

deres: Unabhängige und nicht der Linie der DGB-Führung verpflichtete Gewerkschaften sollen aus den Betrieben herausgedrängt werden. Um das zu erreichen, bedient man sich dieses Prinzips, denn es würde zur Folge haben, dass solche Gewerkschaften praktisch keine Tarifverträge abschließen könnten, sodass sogar deren Gewerkschaftseigenschaft auf Dauer gefährdet wäre.

Das BAG hat diesen Grundsatz – eigentlich ohne jede Rechtsgrundlage – im Rahmen seiner sog. richterlichen Rechtsfortbildung vor vielen Jahren entwickelt, ihn aber jetzt aufgegeben. Das geschah zu Recht. Denn dieser Grundsatz verstößt gegen das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, weil er die Gründung und Betätigung von Gewerkschaften einschränkt bzw. verhindert. Bisher galt der Grundsatz, dass der sog. «speziellere» Tarifvertrag in einem Betrieb Anwendung findet. Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder sollte darüber nicht entscheiden.

■ Sollte man die Argumente des BAG teilen?

Insofern teile ich die Argumente des BAG in seiner neueren Rechtsprechung.

Die Änderung der Rechtsprechung ist rechtlich völlig korrekt. Ob es zu einer Gewerkschaftseinheit kommt, darf und kann nicht durch «Gesetz» oder durch Rechtsprechung entschieden werden. Dies ist Sache freier gewerkschaftlicher Organisation und freier gewerkschaftlicher Betätigung. Eine Tarifkonkurrenz ist also keineswegs ein rechtlicher Nachteil. Im Gegenteil: Dadurch wird die Koalitionsfreiheit letztlich geschützt.

■ Der DGB-Bundesvorstand sucht jetzt den Schulterschluss mit dem Arbeitgeberverband, um den vorherigen Zustand per Gesetzesinitiative wieder herzustellen. Was würde ein solches Gesetz bedeuten?

Der Schulterschluss des DGB-Bundesvorstands mit den Arbeitgebern ist vollkommen unverständlich. Dadurch wird auch nicht nur der bisherige Zustand wieder hergestellt (also ein verfassungswidriger Zustand).

Vielmehr wird durch die unsinnige Regelung der «Mehrzahl der tarifgebundenen Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb» zum einen eine Offenlegung sämtlicher Gewerkschaftsmitgliedschaften bewirkt, zum anderen hätte dieses zum Beispiel zur Folge, dass etwa

im Bereich der Krankenhäuser nur der Tarifvertrag des Marburger Bundes für die Ärzte gelten würde, sodass beispielsweise für das Krankenpflegepersonal ein «tarifloser Zustand» (!) gelten würde. Es bedarf keiner näheren Darlegung, dass das vollkommen inakzeptabel ist.

■ Was wären die Konsequenzen für die DGB-Gewerkschaften selbst, sollte diese Initiative Erfolg haben?

Daraus ergibt sich auch unmittelbar die Konsequenz selbst für die DGB-Gewerkschaften: In diesem Bereich würde die Gewerkschaft Ver.di sich selbst «marginalisieren».

■ Könnte die Initiative schon Auswirkungen auf den laufenden GDL-Streik haben und wenn ja, welche?

Auf den laufenden GDL-Streik dürfte die Gesetzgebung vermutlich keine Auswirkungen haben. Allerdings zielt die Gesetzgebung sehr wohl auf die GDL, denn wenn man bei der Bahn den Begriff «Betrieb» mit der gesamten Bahn gleichsetzt, so bleiben natürlich die Lokführer – selbst wenn sie einen relativ hohen Organisationsgrad haben – stets in der Minder-

heit, sodass dann die GDL fast insgesamt keine Tarifverträge mehr abschließen könnte.

■ Im Zusammenhang mit den drastischen Sparpaketen wird in mehreren EU-Ländern das Streikrecht beschnitten. Ist die sog. Tarifeinheit die deutsche Art, das Streikrecht einzuschränken?

Durch das sog. Tarifeinheitsprinzip wird natürlich auch das Streikrecht eingeschränkt. Denn nach der bisherigen Rechtsprechung sind nur solche Streiks zulässig, die ein sog. tariflich regelbares Ziel haben. Wenn eine Gewerkschaft weder einen gültigen Tarifvertrag abgeschlossen hat, noch einen gültigen Tarifvertrag abschließen kann, dürfte auch ihr Streikrecht eingeschränkt sein. Das Ergebnis wäre, dass die Gewerkschaft praktisch ihre Existenzberechtigung und vermutlich auch die Gewerkschaftseigenschaft verlieren würde.

■ Was ist dagegen zu tun?

Das Gesetz muss unbedingt verhindert werden. Zum einen durch entsprechende politische Aktivitäten, zum anderen aber auf jeden Fall auch durch Klagen beim Bundesverfassungsgericht. ★

▼ Dürfen Gewerkschaften wie die GDL künftig keine Tarifverträge mehr abschließen? Streik der GDL 2011



isl
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
isl@islinke.de · www.islinke.de · www.facebook.com/islinke.de

Berlin berlin@islinke.de Bielefeld bielefeld@islinke.de Bremen bremen@islinke.de Dortmund dortmund@islinke.de Duisburg duisburg@islinke.de Düsseldorf duesseldorf@islinke.de Frankfurt am Main frankfurt@islinke.de Hamburg hamburg@islinke.de Kassel kassel@islinke.de Köln koeln@islinke.de Marburg marburg@islinke.de München muenchen@islinke.de Oldenburg i.O. oldenburg@islinke.de Ruhrgebiet ruhrgebiet@islinke.de Schwäbisch Hall schwaebisch-hall@islinke.de Stuttgart stuttgart@islinke.de Tübingen tuebingen@islinke.de

IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken / IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein
Satz/Layout: Hans-Günter Mull
Bestelladresse für Wiederverteilerinnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):
isl, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
(02 21) 9 23 11 96 · isl@islinke.de

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · 51063 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de